

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

9.250.086 €. Auf diese Summe beläuft sich der Fehlbetrag des Ergebnisplanes 2009. Ein alleine betrachtet schon dramatischer Betrag. Das eigentliche Ausmaß des Fiaskos offenbart sich allerdings erst, wenn man die Fehlbeträge der letzten und nächsten Jahre addiert. Minus 4.261.596 € in 2007, minus 5.007.795 € in 2008, minus 9.250.086 € in 2009, minus 14.455.744 € in 2010, minus 8.267.781 € in 2011 und minus 5.005.853 € in 2012. Über einen Zeitraum von nur sechs Jahren werden wir 46.248.855 € mehr verbraucht als erwirtschaftet haben. Und dafür überziehen wir einfach unser Konto, wofür zukünftig natürlich Zinsen anfallen. Alleine in 2009 sind dies 425.000 €, in 2012 werden es bereits 1.383.000 € sein, allerdings nur dann, wenn man weiter von einem historisch tiefen Zinsniveau ausgeht. Die kaum noch eindämmbare Zeche zahlen künftige Generationen, auf Geschenke braucht niemand zu hoffen. Spätestens in 2013 wird die Stadt über kein Eigenkapital mehr verfügen, was im Klartext bedeutet, dass die Schulden das gesamte städtische Vermögen - Schulgebäude, Bad, Feuerwehrautos, ja auch die Schreibtische im Rathaus - übersteigen.

Hinzu kommt, dass sich die Weltwirtschaft in einer ihrer tiefsten Krisen seit dem zweiten Weltkrieg befindet, die auch die Kommunen mit voller Wucht trifft:

Zum einen gehen die Steuereinnahmen zurück. Jeder, der sich auch nur ein wenig auskennt, weiß, dass beispielsweise die anvisierten drei Millionen Euro Gewerbesteuer keineswegs sicher sind, und dass, obwohl in normalen Jahren fünf bis sechs Millionen Euro in der Kasse klingeln.

Im Vergleich zum Vorjahr steigen auch die Aufwendungen um ca. 6.000.000 €, alleine im Bereich der Sozialausgaben um über 22% auf 4.477.230 €.

Noch schlimmer ist jedoch, dass viele Menschen ihre Arbeit verlieren. Als Kommune hat man auf die Situation am Arbeitsmarkt naturgemäß nur marginalen Einfluss, jedoch müssen wir das in unserer Macht stehende tun, den Menschen Arbeit zu

geben. So war und ist es richtig, Gewerbegebiete zum Beispiel in Linde/ Irlen und Straßerhof zu schaffen, neue Firmen anzusiedeln und Monostrukturen aufzumischen.

Genauso wichtig ist es jedoch, die finanziellen Belastungen für Unternehmen zu dämpfen, damit diese konkurrenz- und damit überlebensfähig bleiben. Jetzt wird jeder denken, dass ich zur Gewerbesteuer komme. Weit gefehlt. Eine andere Abgabenart ist es, die uns größte Sorgen bereitet: Die Abwassergebühr. Mit 3,43 € pro Kubikmeter für Haushalte liegt diese kreisweit schon sehr deutlich an der Spitze. Nachdem in den letzten gut zehn Jahren bereits deutlich mehr als 10.000.000 Euro in das Kanalnetz investiert wurden, hat der Rat am 9. Dezember 2008 ein Abwasserbeseitigungskonzept beschlossen, das alleine in den nächsten sechs Jahren Investitionen von rund 22.000.000 Euro vorsieht. Sie haben sich nicht verhört: Weitere 22.000.000 Euro. Wenn dieses Konzept umgesetzt wird, dürfen wir in sechs Jahren eine Abwassergebühr von fünf Euro pro Kubikmeter bestaunen und dann natürlich auch beklagen. Hinzu kommen immense Summen, die von Hauseigentümern und Unternehmen für Dichtigkeitsprüfungen aufzuwenden sind.

Meine Damen und Herren, wenn das so Wirklichkeit wird, müssen wir uns nicht wundern, wenn weitere Unternehmen in andere Städte oder direkt den Bach runter gehen. Und ich erinnere daran, dass auch wir in Burscheid über abwasserintensives Gewerbe verfügen. Ich denke, wir müssen alles Erdenkliche unternehmen, die Investitionen im Abwasserbereich deutlich einzudampfen. Die Mitarbeiter der TWB beteuern uns, dass jede Investition notwendig sei, um landesrechtliche Vorgaben zu erfüllen. Ich habe aus diesem Grund Kontakt zu unserer Landtagsfraktion aufgenommen und bitte die anderen Fraktionen, diesem Beispiel zu folgen. Es bringt uns überhaupt nichts, am Ende die goldene Plakette als Abwassermusterkommune zu erhalten, wenn Unternehmer wie Grundeigentümer pleite sind und die Menschen ihre Arbeit verlieren.

Doch zurück zum Thema Aufwendungen: Nicht nur die Sozialausgaben steigen. Alleine der Aufwand für die Kreisumlage klettert um ca. 1.100.000 €, womit wir bei den Transferleistungen wären. Ich führte es bereits im Hauptausschuss aus: Betrachtet man den Zahlenblock „Erträge durch Steuern und ähnliche Abgaben“, also Grundsteuer, Gewerbesteuer, Einkommens- und Umsatzsteuerbeteiligung

u.s.w., auf der einen Seite und den Block „Transferaufwendungen“, also Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage, Krankenhausumlage und Ähnliches, auf der anderen, wird der Fehler im System offenbar. Die gesamten Steuererträge der Stadt betragen ziemlich genau 15.000.000 € in 2009, die Transferaufwendungen 14.757.708 €. Von unseren Steuereinnahmen verbleiben mithin ca. 250.000 € in Burscheid. Wie bitteschön soll man hiermit eine Stadt am Leben halten?

Meine Damen und Herren, dass trotz des bereits seit vielen Jahren herrschenden Finanzdesasters in Burscheid kein Stillstand herrschte, haben wir in weiten Teilen dem engagierten Einsatz von Bürgermeister Hans Dieter Kahrl, seinem Beigeordneten Stefan Caplan und ihren Mitarbeitern zu verdanken.

Es war zum Beispiel richtig gut, den städtischen Gebäudebestand zu hinterfragen und zu verringern, oder aber den unverzichtbaren Gebäudebestand zu sanieren. Die laufenden Betriebskosten konnten so bereits deutlich reduziert werden.

Und es war richtig gut, den Personalbestand seit 1999 um 7 Stellen zu verringern, wobei es gilt, hier weiter hellwach zu bleiben. Eine Senkung der Personalausgaben in der Zeit von 2002 bis 2008 um 2,0% ist in Anbetracht von Tarifsteigerungen im gleichen Zeitraum von 7% mehr als nur erwähnenswert.

Und, meine Damen und Herren, Bürgermeister und Beigeordneter waren richtig gut, wenn es darum ging, Fördergelder nach Burscheid zu holen. Alleine in 2009 sind aufgrund ihres Einsatzes über 2.200.000 Euro nach Burscheid geflossen bzw. verbindlich zugesagt - ohne dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II hier enthalten wären. Die offene Ganztagsgrundschule, die Ganztags Hauptschule inklusive Mensa, die energetische Sanierung der EMA-Schule, das neue Bürger- und Jugendzentrum, Buswartehäuschen oder der Radweg auf der ehemaligen Bahntrasse konnten bzw. können durch diese Mittel umgesetzt werden. Und gerade die Mittel zur Sanierung der EMA-Schule werden Früchte in Form von Betriebskosteneinsparungen tragen.

Letzteres gilt im übrigen für die Mittel aus dem Konjunkturpaket II, die - wie gesagt - in der gerade genannten Zahl nicht enthalten waren. Auch hier haben wir - übrigens in absoluter Einmütigkeit - unsere Hausaufgaben bestens erledigt. Wir haben uns

nicht - wie viele andere Kommunen - verleiten lassen, Luxusprojekte umzusetzen, nur weil endlich mal ein wenig Geld zum Ausgeben da war. Wir haben das Geld für den Bildungsbereich streng nach Rentabilitätsgesichtspunkten in die energetische Erneuerung hauptsächlich von Schulgebäuden gesteckt und damit unser Sanierungsprogramm fortgesetzt. Hiermit schonen wir nicht nur unsere Umwelt, wir sparen zudem noch bares Geld, so dass Ökos und Pfennigfuchser gleichermaßen zufrieden sein können.

Doch trotz aller Leistungen und Anstrengungen sieht's - wie eingangs festgestellt - äußerst duster um die finanzielle Situation und Zukunft der Stadt aus. Und keiner weiss so richtig, wie man das ändern kann. Gemeindeprüfungsanstalt und Bezirksregierung haben uns bestätigt, nicht nur richtig sondern vorbildlich zu handeln. Und sind wir ehrlich: Der Ruf nach einer besseren Finanzausstattung durch Land und Bund wird verhallen - so sicher wie das Amen in der Kirche. Woher sollte das frische Geld für die Gemeinden auch genommen werden? Bund und Länder steuern auf neue Rekordhöhen bei der Verschuldung zu, weiterhin traut sich insbesondere in den Ländern niemand, die immensen Pensionsverpflichtungen ans Tageslicht zu befördern. Und dass das Land den Kommunen per Gesetz verbietet, sich zu verschulden, bewirkt daher nur eines: Gelächter.

Meine Damen und Herren, eine Verbesserung der Situation kann sich nur ergeben, wenn die Verantwortlichen an den Stellschrauben in Bund und Land endlich wieder die Bescheidenheit als Tugend entdecken. Anstatt in allen Lebensbereichen die insbesondere durch den öffentlichen Dienst zu erbringenden Standards weiter hoch zu schrauben - ich sprach jetzt eben bereits den Abwasserbereich an -, sollten selbige streng überdacht und Restriktionen abgeschafft werden. Nicht alles Wünschenswerte ist bezahlbar, das weiß jeder Privatmann, der sich nach seinem Geldbeutel richten muss, sehr genau. Und jeder sollte sich eines klar machen, um ein - wie ich finde - brillantes Zitat zu bemühen: *Schulden sind wie Drogen. Sie können das Leben versüßen, aber sie machen auch abhängig, und sie sind zerstörerisch.*

Meine Damen und Herren, wir stimmen dem Haushalt zu. Er ist nämlich der Beweis, dass wir trotz der von außen geschaffenen, dramatischen Situation

verantwortungsvoll und richtig handeln. Durch seine Verabschiedung erhalten wir uns zudem einen letzten Rest Spielraum.